

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

33 (18.3.1948)

Angriff auf Palästina bedeutet Bedrohung des Weltfriedens

New York, 17. März (Dena) Die Delegierten der USA, der Sowjetunion, Frankreichs und Chinas beim Sicherheitsrat einigten sich laut Reuter am 16. d. M. im Prinzip darüber, daß ein Angriff von außen auf Palästina eine Bedrohung des Weltfriedens darstelle.

Wie AP dazu meldet, hat das Hohe Komitee der Palästina-Araber eine Einladung der Großmächten zur Teilnahme an den Beratungen über Palästina im Hinblick auf die bevorstehende Wahl der UNO zu erscheinen, abschlägig beschieden. Dena-INS funkt weiter, daß ein Sprecher der Jewish Agency am 16. d. M. erklärte, daß „wir einen Waffenstillstand mit Palästina unter gewissen Bedingungen begrüßen würden“. Der Sprecher betonte, der Waffenstillstand müsse Garantien enthalten, daß die Belange des jüdischen Staates nicht beeinträchtigt würden. Vor allem müsse auch die Möglichkeit ausgeschlossen werden, daß der Waffenstillstand den Arabern Zeit für neue Kriegsvorbereitungen gebe.

Finland macht Einschränkungen

Helsinki, 17. März (Dena-Reuter) Der finnische Staatspräsident Juho Paasikivi erklärte in seiner Antwort, mit der er die Aufforderung Marshall Stalins zu Verhandlungen über einen militärischen Beistand- und Freundschaftspakt annahm, die finnische Regierung erkläre, daß die finnischen Verhandlungen und die Entscheidung Finnlands nicht behindert würden.

Die finnische Regierung hat, wie hier am Montag verlautet, ihre Moskau-Delegation davon in Kenntnis gesetzt, daß sie versuchen soll, die Garantie zu erhalten, daß die sowjetischen Streitkräfte im Falle eines Krieges nur auf besonderen Wunsch der finnischen Regierung nach Finnland entsandt werden sollen. Die Delegation wurde ferner angewiesen, darauf zu drängen, daß die sowjetischen Streitkräfte im Falle eines solchen Konfliktes nur innerhalb der finnischen Staatsgrenzen Verwendung finden sollen.

Fünfmächtepak in Brüssel unterzeichnet

Gemeinsame Selbstverteidigung — Keine Bündnisse gegen Vertragspartner

Paris, 17. März (Dena-Reuter) Der 50-jährige Pak der fünf Mächte der westeuropäischen Union wurde am Mittwoch von Vertretern Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs in Brüssel unterzeichnet.

Der Pak sieht außer einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit vor, daß falls eine der Signatarmächten in Europa ein Ziel eines bewaffneten Angriffs werden sollte, die übrigen Signatarmächte gemäß Artikel 11 der UN-Charta dem angegriffenen Staat alle militärische und andere Unterstützung gewähren. Über alle derartigen Maßnahmen soll unverzüglich dem Sicherheitsrat berichtet werden. Die Maßnahmen sollen sofort eingestellt werden, wenn der Sicherheitsrat die zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der Weltstabilität notwendigen Maßnahmen ergreifen hat.

Ein ständiger Konsultationsausschuß soll zur Beratung aller im Vertrag enthaltenen Fragen gebildet werden. Im Falle eines erneuten Ausbruchs einer deutschen Aggressionspolitik oder im Falle irgend einer Bedrohung des Friedens, ganz gleich, wo diese Bedrohung entsteht, soll der Konsultationsausschuß unverzüglich einberufen werden.

„Neues tschechoslowakisches Recht“

Ausarbeitung des Gesetzes soll „Unabhängigkeit der Richter“ stärken

200 „Staatsfeinde“ verhaftet — Parteimitglieder-Werbung

Prag, 17. März (Dena) Der ehemalige tschechoslowakische Ministerpräsident Dr. Peter Zelenka, der frühere Außenhandelsminister Dr. Hubert Ripka und der frühere Justizminister Dr. Prokop Drtina, deren Rücktritte zu der Regierungskrise und dem folgenden politischen Umschwung führten, haben, wie der Präsident der tschechoslowakischen Nationalversammlung Jozka David am Mittwoch vor einer Vollversammlung der Nationalversammlung erklärte, ihre Parlamentsstimme niedergelegt.

Der umgebildete tschechoslowakische Ausschuß für parlamentarische Immunität empfahl am Dienstag, das Parlament zu einer Plenarsitzung einzuberufen, um 6 Abgeordnete, die unter der Anklage der „Verschwörung“ und des „Verrats“ stehen, ihre parlamentarische Immunität abzuschaffen. Bei den Abgeordneten handelt es sich um den früheren Vizepremier Jan Ursiny (Slowakischer Demokrat), den früheren Sekretär der slowakischen demokratischen Partei, Dr. Fedor Hodza, Professor Vladimir Krajina, M. Dedi, Cisek und Otto Hora. Die vier letzteren sind Mitglieder der sozialistischen Partei und sollen Spionage betrieben haben. Die tschechoslowakische Partei erklärte den beiden gegenwärtigen Abgeordneten R. H. S. Grossman und Oberst George Wigo, daß seit seinem Amtsantritt vor 19 Tagen in der Tschechoslowakei etwa 200 Millionen weitere Vergehen gegen den Staat verhaftet worden seien.

Der tschechoslowakische Justizminister Alexej Cepicka erklärte laut Ceteka am 16. d. Mts. während einer Pressekonferenz, die dringlichste Aufgabe des tschechoslowakischen Justizministeriums sei die vollständige Durchführung der „Säuberung“ in der Tschechoslowakei. Die bereits von der Regierung gebilligte Vorlage zum „Säuberungs-Gesetz“ bedeute die ernste Bildung von Volksrichtern, die jedoch diesmal mit erweiterten Machtbefugnissen ausgestattet werden würden und sofort nach Annahme der Gesetzesvorlage ihre Arbeit aufnehmen könnten. Cepicka gab bekannt, daß die tschechoslowakische Justiz ein neues vereinfachtes tschechoslowakisches Recht ausgearbeitet werden wird, das die Unabhängigkeit der Richter stärken und allen Staatsangehörigen ermöglichen werde, die Gesetzebestimmungen zu verstehen. Weiterhin sollen im ganzen Lande Gesetzberatungsstellen eröffnet werden.

M. Wladimir Hudek ist, wie der tschechoslowakische Geschäftsträger in Washington, Joseph Hano, am Montag teilte, als Nachfolger Jan Papaneks zum neuen ständigen Vertreter der Tschechoslowakei bei den Vereinten Nationen ernannt worden.

Papanek erklärte vor Pressevertretern, er habe die Absicht, seine Entlassung anzuerkennen und werde weiter als tschechoslowak. Delegierter angerehen.

Die tschechoslowakische Kommunistische Partei führt gegenwärtig eine Kampagne zur Werbung von zwei Millionen neuen Mitgliedern durch. In allen Fabriken, Geschäften und Büros werden Nichtmitglieder Aufnahmeformulare zugestellt, die von kommunistischen Funktionären später wieder abgeholt werden.

Im Telegrammstil

Pittsburg, 17. März. Der am 15. d. Mts. in den amerikanischen Kohnbergwerken ausgebrochene Streik hat bis Montagabend mehr als die Hälfte der 400 000 Bergleute erfaßt. (Dena)

London, 17. März. Der britische Ministerpräsident Clement Attlee gab am 15. d. Mts. im Unterhaus bekannt, daß die britische Regierung beschlossen habe, kein Mitglied der kommunistischen Partei in einer für die Staatsicherheit wichtigen Stelle zu beschäftigen. — Marschall Stalin und Außenminister Molotow empfingen am 16. d. Mts. im Kremel Ministerpräsident Dimitroff und andere Mitglieder der bulgarischen Delegation, die zur Zeit in Moskau weilte, um einen Freundschafts- und Beistandspakt zu unterzeichnen, wie der Sender Moskau meldete. (Dena-Reuter-AP)

Vikjanstadt. Die ersten Wagnis päpstlicher Liebesgaben sind in die Durchgangslager für Heimkehrer Kriegsgefangener, vor allem aus Ost- und Südostasien, jeden Heimkehrer sollen zwölf Meter Leinwand und eine neue Hose zugeteilt werden. (DND)

Sitzung der amerikanischen Militärregierung über Deutschland hat das vom süddeutschen Länderrat angenommene Gesetz über die Staatsangehörigkeit der Ausgebürgerten gebilligt. Sollte ein Sprecher des Länderrates am 16. d. Mts. mit (Dena)



Pariser Beschluß: Ständige Teilnahme Westdeutschlands an der westeuropäischen Wiederaufbau-Organisation

Französische und Bizone sollen jede für sich als unabhängig teilnehmendes Gebiet betrachtet werden

Paris, 17. März (Dena) Die Vertreter der 16 Marshallplan-Länder billigten laut APF während ihrer zweiten Plenarsitzung einstimmig, den Vorschlag, wonach die drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands an einer künftigen ständigen westeuropäischen Wiederaufbauorganisation teilnehmen sollen.

„Das größte Risiko: Nicht handeln“

Präsident Truman fordert die Wiedereinführung der Wehrpflicht

Washington, 17. März (Dena-Reuter) Präsident Truman forderte am Mittwoch in einer Ansprache vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses eine zeitweilige Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in den Vereinigten Staaten.

Die drei Empfehlungen: Europäisches Wiederaufbauprogramm, allgemeine militärische Ausbildung und allgemeine Wehrpflicht stellten seiner Ansicht nach das beste Mittel zur Bekämpfung der kritischen Situation in Europa dar und seien am besten abgestimmt, die Freiheit und demokratischen Völker Europas zu unterstützen und die solide Grundlage der eigenen nationalen Stärke zu befestigen. Truman schlug ferner eine sofortige Annahme der Gesetzesvorlage über die allgemeine militärische Ausbildung und eine beschleunigte Verabschiedung des europäischen Wiederaufbauprogramms vor.

Der KPD-Abgeordnete Max Reimann aus dem Wirtschaftsrat ausgeschlossen

Antrittsrede Dr. Pünders — Appell an das Weltgewissen

Frankfurt a. M., 17. März (Fig. Ber.-sch.) Die 13. Vollversammlung des Wirtschaftsrates begann mit einem großen Paukenschlag. Präsident Dr. Köhler verlas ein gemeinsames Schreiben aller übrigen Fraktionen, das Aufklärung über Ausschüsse und die Einberufung des Abgeordneten Max Reimann während einer Pressekonferenz am 23. Februar gegeben hatte. Reimann soll nach einer Pressemitteilung damals gesagt haben, alle, die mithelfen, einen westdeutschen Staat zu errichten, seien willkommen. Von Reimann wurde eine eindeutige Erklärung „Landesvertreter“ auf Mitglieder des Wirtschaftsrates, des Landrates oder des Verwaltungskomitees bezogen. Reimann erklärte, daß er eine Stellungnahme nur dann abgeben werde, wenn es für nötig halte und daß er nicht dazu da sei, sich exzessieren zu lassen. Daraufhin rief Präsident Dr. Köhler den Ältestenrat zusammen, um die Angelegenheit zu beraten. Der Antrag formuliert, in Ergänzung der bisherigen Geschäftsordnung den Ausschluß eines Abgeordneten für zulässig zu erklären und daraufhin den Abgeordneten Reimann für die Dauer von zwei Monaten von allen Versammlungen und Ausschusssitzungen des Wirtschaftsrates auszuschließen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Ältestenrates angenommen (bei einigen Stimmenthaltungen in den Reihen der SPD). Reimann verließ daraufhin den Saal.

Das Haus nahm dann eine Antrittsrede des neu gewählten Oberdirektors Dr. Pünders entgegen.

Er gab eine umfassende Gesamtdarstellung der Wirtschaftssituation. Dena führt dazu: Dr. Pünders hob in seiner Rede die Notwendigkeit hervor, die deutsche Wirtschaft zu stärken und die deutsche Bevölkerung zu ernähren. Er betonte, daß die deutsche Wirtschaft nicht nur ein nationales Problem sei, sondern ein Problem der Welt. Er forderte die deutsche Bevölkerung auf, sich an die Notwendigkeit zu gewöhnen, auf den Export von Lebensmitteln zu verzichten.

Ab 113. Periode mehr Fett und Zucker

Die Fleischration bleibt unverändert — Trockenfrüchte zusätzlich, Eipulver an Stelle nicht vorhandener Frischeier

Frankfurt, 17. März. (Dena) Die Normalverbraucheraktionen in der Bizone werden ab 1. April um monatlich 100 g Fett, 500 g Zucker und 500 g Trockenfrüchte erhöht, teilte am 16. d. Mts. die Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit.

Somit erhält der Normalverbraucher von der kommenden Zuteilungsperiode an 9750 g Brot, 1350 g Nahrungsmittel, 9000 g Kartoffeln, 425 g Fleisch, 265 g Fett, 600 g Fisch, 62,5 g Käse, 1500 g Zucker, drei Liter entrahmte Frischmilch, 50 g Trockenfrüchte und zwei Eier bzw. 25 g Trockenerei.

Mit dieser allgemeinen Rationserhöhung ist, wie die Verwaltung für Ernährung betont, praktisch das Ziel erreicht, das durch die geplante Einführung einer schäftigkeitskarte angestrebt wurde. Auf Grund der gegenwärtigen Versorgungslage hätte über diese allgemeine Rationserhöhung hinaus für die Beschäftigtenkarte nur noch eine Tagesration von etwa 500 Kalorien zur Verfügung gestanden.

Noch vor Ostern werden 50 g amerikanisches Eipulver zusätzlich an alle Versorgungsberechtigten in Nordrhein-Westfalen, Württemberg-Baden und Hessen sowie in Hamburg und Bremen auszugeben. Diese Ausgabe erfolgt, da diese Länder in der Versorgung mit Frischeiern benachteiligt sind und der Ausgleich durch übergebliebene Eierlieferungen bis Ostern nicht möglich ist. 50 g Eipulver entsprechen vier Frischeiern.

18. März 1848: Gedenken und Mahnung

Von Werner Orth

Der 18. März 1848 gilt als der Stichtag der deutschen Revolution. Hier nämlich wird am deutlichsten sichtbar, was sich ereignete: Eine Volksmenge, gekommen, ihrem König zu danken für die endliche Einberufung des Landtages, für das Versprechen, ein deutsches Parlament zu versammeln und eine konstitutionelle Verfassung schaffen zu wollen, wird mit Gewehrschüssen auseinander gejagt. Aber das Volk — Bürger, Arbeiter, Intellektuelle — leistet Widerstand: Barrikaden werden errichtet, der Kampf mit dem Militär wird aufgenommen und — gewonnen! Am Morgen des 19. März werden die Truppen zurückgezogen, wird die Bewaffnung der Bürger offiziell gestattet, beruft der König ein liberales Kabinett und wendet sich in einem Aufruf an die Nation, die noch vor Stunden geschossen wurde, mit der Andree „Meine lieben Berliner“. Der König grüßt mit gezeigtem Hut 183 gefallene Freiheitskämpfer im Schloßhof.

Will man die Ereignisse richtig werten, muß man sie allerdings im gesamten deutschen, ja im europäischen Rahmen sehen. Lange schon vor den Berliner Ereignissen hatte es in Deutschland gegärt, vorab im freireichlichen Südwesten. Nicht erst die französische Revolution hatte den Zündstoff nach Deutschland hineingetragen. Schon vorher hatte es Unruhen im Rheinland, in Bayern, in Schlesien gegeben. In Versammlungen des Herbstes 1847 in Offenburg und Heppenheim hatten die süddeutschen Liberalen Pressefreiheit, Versammlungsrecht, Schwurgerichte, Volksvertretung beim Bundesrat und ein Verfassungsorgan gefordert. Der badische Abgeordnete Bassermann war der erste gewesen, der eine entsprechende Vorlage der Kammer eingereicht hatte. Auch in Preußen war der Konflikt mit der Krone schon fast ein Jahr früher im Verlöbnisstand der Monarchie anläßlich von Regierungsvorlagen deutlich geworden. Außerhalb Deutschlands brodelte es in Italien, das das österreichische Joch abschütteln wollte; ebenso in Ungarn, in Böhmen und bei den Polen.

Auf zwei Ziele richtete sich die Sehnsucht der Massen: auf die Freiheit des Staatsbürgers und die Einheit Deutschlands. Die Zeit war reif: Durch die Freiheitskriege in seinem Selbstbestimmungsrecht, die der Bürger nicht länger dulden, daß die Reaktion sich weiter und immer mehr verstärke. Ihm zur Seite trat erstmals bewußt der Arbeiter, wodurch die 48er-Revolution auch zur Gewerkschaftsbewegung wurde. Der Untertan wollte zum Staatsbürger, wollte nicht mehr nur regiert werden, sondern selbst mitbestimmen, wenn es um die Früchte seines Fleißes, um sein politisches und persönliches Schicksal geht. Die revolutionäre Bewegung wurde naturgemäß zu einer demokratischen.

Daß es sich um eine echte Revolution handelte, bewies das Frankfurter Vorparlament, das nur durch seinen eigenen Willen und sonst durch niemand und durch nichts zu seiner Arbeit legitimiert war. Sollte es die Gelegenheit beim Schopf fassen und sich — kraft revolutionärer Rechtssetzung — als ständige Einrichtung betrachten und eine gesamtdeutsche Regierung berufen? Die Mehrheit lehnte diese Forderung ab und besandete damit schon recht eigentlich die Revolution. Die — endlosen, wenn auch geistvollen — Debatten in der Paulskirche konnten gerade das Volk, das sich durch seinen Aufstand in Vorrang gewonnen hatte.

Die Frankfurter Nationalversammlung, die am 18. Mai zusammentrat, war gleichwohl ein sehr wesentliches Ergebnis der Revolution. Sollte sie doch ein Verfassungskonzept schaffen, ja viele Ideen realisieren: eine einzige deutsche Republik! Die Ergebnisse des Parlaments waren kümmerlich: durch Lautei wäre die Erfolge der Aufstände, verteidigt durch die Nationalversammlung, die Zeit betrachtet werden. Für heute die Feststellung: Der 18. März gilt uns heute nach einem Jahrhundert als der Tag der Revolution.

Schrecken nicht die Spuren? Sind noch nicht genügend Gelegenheiten gegeben worden, seit 1848? An jenem 18. Mai spätestens begann die Reaktion zu erstarren, wurde das Errungene, wenn auch nicht abschließend, so doch tatsächlich preisgegeben. Als der König von Preußen die ihm von der Nationalversammlung, d. h. aus den Händen des Volkes angebotene deutsche Kaiserkrone als einen „Reiß aus Dreck und Letzen zusammengebacken“ ablehnte, konnte er seiner Verachtung des Volkes keinen größeren Ausdruck geben. Und gerade das Volk, was es, das das Deutsche Reich 1918 hindübertreite aus dem Zusammenbruch, den ein Nachfahre jenes Friedrich Wilhelm sehr wesentlich miverschuldet hatte.

Denken wir an die Zeit vor 30 Jahren, wenn wir an 1848 denken! Vergessen wir nicht, daß in den Jahren der Republik nichts mehr zu spüren war von dem revolutionären Willen des November 1918, daß die Demokraten jener Jahre zu „demokratisch“ waren und wie 1848 der Reaktion gestatteten, ihr Hauptverfühlthum immer schamloser und schließlich blutbesudelt zu erheben!

Es ist die beste Erinnerung an das Jahr 1848, wenn wir uns an die Brust schlagen und geloben, nicht nur mit schönen Worten und Festen derer zu gedenken, die erfüllt von reinen Idealen, ihrem Vaterland die Ehre, dem Staatsbürger die Freiheit erkämpfen wollten, sondern wenn wir unablässig bemüht sind, endlich, endlich ernst zu machen mit diesen ewigen Postulaten fortschrittlichen Geistes. Wieder geht unser aller Sehnsucht auf ein einziges Deutschland. Aber noch können nicht wir es schaffen; denn noch sind wir — nicht ohne eigene Schuld — außerstande, souverän über unser Schicksal zu entscheiden. Unausweichlich hängt damit auch um gerade heute die Frage der Demokratisierung unseres Volkes zusammen. Sage keiner, er sei gehindert, demokratisch zu handeln! In dem uns vorerst gesteckten Rahmen ist schon viel, allzuviel versucht worden.

Denken wir in Dankbarkeit und Verehrung an die Kämpfer von 1848! Vergessen wir niemals ihre hohen Ideale, lernen wir aber auch aus ihren Fehlern! Nicht unüberlegtes Handeln, nicht rohe Gewalt kann Zustände ändern, es ist letztlich immer der Geist, der entscheidet. Er muß sich verbinden mit der behenden Tat, die das als richtig Erkannte durchsetzt gegen jeden Widerstand. Die Forderungen des Tages sind ein Jahrhundert nach ihren ersten revolutionären Manifestationen so jung wie damals. Wir verbinden sie im Gedenken an den 18. März 1848 uns zur Lehre und zur Warnung mit unserem leidenschaftlichen Willen. Sie heißen für das durch die Katastrophe in einem Volk der Arbeiter gewordene Deutschland damals wie heute: Einiges Deutschland, demokratische Freiheit!

